



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	5
Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen.....	5
Mallorca-Urlaub erlaubt – Camping in der Oberlausitz verboten.....	5
Reaktion in der SZ:.....	5
Termine – Kreisverband Bautzen.....	6
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	6
Webseite Karsten Hilse, MdB	6
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	7
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 11.4.2021	7
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.4.2021	9
Messermörder, freie Verbrecher und Antifa-Terror: Warum liebe CDU?	9
Petition gegen Diäten-Gier: Jetzt unterschreiben!.....	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.4.2021	10
Endlos-Lockdown: Raus aus der Sackgasse!.....	10
AfD stellt sich hinter alle friedlichen Demonstranten!	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.4.2021	11
Schwere Brandstiftung und kaum Strafen: Kulturbonus für Brandstifter?.....	11
AfD-Antrag: Weisungsrecht des Justizministeriums abschaffen	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.4.2021	12
Altersarmut ist eine Schande!.....	12
Schulen und Kitas müssen offen bleiben!.....	13
20 Jahre sinnloser Krieg in Afghanistan endlich vorbei!.....	13
Neues von der Alternative für Deutschland	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 10./11.4.2021	14
Das Wahlprogramm ist beschlossen!	14



AfD-Bundesparteitag beschließt Corona-Resolution.....	15
Die AfD präsentiert ihre beiden Kampagnenfilme	17
Eine echte Alternative, um Deutschland wieder nach vorne zu bringen.....	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.4.2021	18
Dresdner Mord zeigt erneut – Abschieben heißt Menschenleben retten.....	18
Frontalangriff auf Föderalismus und Grundrechte.....	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.4.2021	19
Ob Laschet oder Söder – einen Politikwechsel zum Besseren wird es mit beiden nicht geben	19
Union übernimmt Forderung nach Stopp der Finanzierung von Islamverbänden.....	19
Bundestag muss weitere Zentralisierung und Drangsalierungen verhindern.....	20
AfD verklagt CDU-Kretschmer.....	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.4.2021	21
„Brexit-Reserve“ der EU schadet Deutschland!	21
PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.4.2021	22
Zur Entscheidung des Landgerichts Berlin: Parteiausschluss bleibt bestehen.....	22
Das „Grundfunk“-Reformmodell wird Teil des Wahlkampfprogrammes.....	22
Mietendeckel-Klatsche für Rot-Rot-Grün in Berlin	23
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	24
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 10./11.4.2021	24
Wald statt Windmühlen	24
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.4.2021	24
Infektionsschutzgesetz untergräbt demokratische Grundprinzipien	24
Bundesregierung liegt Gesundheit der Bürger weniger am Herzen als zusätzliche Steuereinnahmen.....	25
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.4.2021	25
Testpflicht für Unternehmen ist Bankrotterklärung des Staates	25
Reform der Agrarförderung wird das Höfesterben massiv befördern	26
Willkürliche Impfdiskriminierung durch den Gesundheitsminister.....	26
PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.4.2021	27
650 Milliarden Corona-Schulden – Lockdowns fahren Staatsfinanzen an die Wand.....	27
Massive Schädlichkeit von Corona-Masken bei Kindern festgestellt.....	28
Über 30.000 Unternehmer müssen noch immer auf Auszahlung der Dezemberhilfe warten ..	28
PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.4.2021	29
Kriminalstatistik zeigt Kollateralschäden der Lockdown-Maßnahmen	29



Keine Atomwaffen in die Hand der Ukraine	29
Verfassungsgericht bestätigt Position der AfD-Fraktion zum Berliner Mietendeckel	29
Afghanistan-Abzug überfällig, Sicherung durch zusätzliche Kampftruppen notwendig	30
Berliner Mietendeckel zeigt Verantwortungslosigkeit links-rot-grüner Politik	30
Es gilt aus dem gescheiterten Afghanistan-Einsatz zu lernen.....	31
Video-Empfehlungen	32
AfD-Kampagnenfilm 2021: Deutschland. Aber normal.....	32
AfD-Kampagnenfilm 2021: Es gibt da eine Partei,	32
AfD Corona-Resolution: Signal für Freiheit, Kampfansage an Altparteien!	32
Karsten Hilse direkt aus Dresden: „Wir wollen das japanische Einwanderungsmodell!“ AfD-Parteitag.....	32
Bundesparteitag in Dresden beschließt Corona-Resolution! – Pro-Rede von Björn Höcke.....	32
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	32
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	32
Kanal von AfD Kompakt TV	32
Wochenendpodcast der AfD.....	32
AfD im EU-Parlament.....	32
Meldungen aus Deutschland und der Welt	33
Vermischtes aus Deutschland und der Welt.....	33
Jetzt hat die AfD den EU-Austritt im Wahlprogramm	33
AfD stellt sich gegen "jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge"	33
AfD fasst Radikalresolution zu Corona-Kurs.....	33
AfD wirft Kretschmer Verstoß gegen Neutralitätspflicht vor	33
Kretschmer löscht Twitter-Eintrag über AfD.....	33
Vulkanausbruch auf St. Vincent: Nur Geimpfte werden auf Kreuzfahrtschiffen evakuiert.....	33
Bundesverfassungsgericht kippt Berliner Mietendeckel.....	33
Informationen zum Coronavirus	33
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	33
Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard	33
Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands	33
Bundesregierung plant "Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage"	34
Merkel will mit dem Gesetz nicht die Bürger vor Infektionen schützen, sondern ihre Macht vor den Bürgern	34
Nach Schätzungen des Kanzleramts Lockdown könnte bis Ende Mai oder Mitte Juni dauern	34



Keine Masken, Schnelltests und Abstände: Juristenverein lobt das Urteil von Weimar	34
Landesregierung und Verbände greifen Weimarer Richter an	34
Amtsgericht Weilheim: Maskenpflicht in der Schule verfassungswidrig	34
Schwere rechtliche Bedenken zu Merkels neuem Infektionsschutzgesetz: „schießt über alle Verhältnismäßigkeitsgrenzen hinaus“	34
Kritische Richter und Staatsanwälte laufen Sturm gegen neues Gesetz.....	34
Anwältin: Entwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes verfassungswidrig	34
Infektionsschutzgesetz: Drostens-Vorgänger stellt sich gegen Regierung.....	34
Kubicki: Bundesregierung erklärt „ihren eigenen Gesetzentwurf für verfassungswidrig“	34
„Gebt den Kindern ihre Unschuld zurück“ – ein offener Hilferuf an eine Schulleiterin	34
Die Schnelltestgefahr	34
Pfizer-Chef – Wahrscheinlich dritte und jährliche Impfdosis notwendig	34
Corona-Infos für Sachsen	35
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	35
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	35
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	35
Touristisches Reisen nicht möglich	35
Walpurgisnacht in der Oberlausitz auch in diesem Jahr ohne Hexenfeuer	35
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“	35
Drei Syrer überfallen und verprügeln Asiaten aus mutmaßlich rassistischen Gründen	35
Fakten in Bildern	36
Achtung Satire!	38
Kommunalmandate im KV Bautzen	39
PRESSE-ARCHIV	39
SPENDENKONTO	39
KONTAKT:.....	39



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Pressemitteilungen der Landtagsabgeordneten des KV Bautzen

Mallorca-Urlaub erlaubt – Camping in der Oberlausitz verboten

Die Corona-Vorschriften werden immer irrsinniger und wirtschaftsfeindlicher. Während die Bundesregierung Auslands-Urlaube ermöglicht, ist es unseren heimischen Campingplatzbetreibern verboten, Gäste zu empfangen.

Dazu kommentiert Frank Peschel, Landtagsabgeordneter aus der Oberlausitz:



„Die Campingplatzbesitzer sind quasi mit Berufsverbot belegt, obwohl sie alle geforderten Hygienevorschriften umsetzen und von Campingplätzen keine Ansteckungsgefahr ausgeht.

Der Irrsinn in den Vorschriften äußert sich z. B. darin, dass Wohnmobile bis zu 10 Stunden auf öffentlichen Parkplätzen verweilen, jedoch auf Campingplätzen nicht übernachten dürfen.

Gerade die Frühjahrs- und Sommermonate sind die Haupteinnahmezeit dieser Branche. Dasselbe gilt für die Außengastronomie, Erlebnisparkanlagen, Zoos sowie andere Freizeiteinrichtungen.

Diese und andere Absurditäten müssen schnellstens beendet werden, damit sowohl Gäste als auch Betreiber Planungssicherheit haben und nicht länger um ihre Existenzen bangen müssen.“

Reaktion in der SZ:

<https://www.saechsische.de/bautzen/politik/afd-peschel-landtag-forderung-corona-campingplaetze-5421210.html>



Termine – Kreisverband Bautzen

Do	22.04.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE der AfD-Stadtratsfraktion Bautzen
Do	29.04.21	10.00-14.00 Uhr	Reichenstraße (am Reichenturm) Bautzen	INFOSTAND BUNDESTAGSWAHLKAMPF mit Karsten Hilse und dem Kreisverband Bautzen
Mi	05.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Do	06.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Straße 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE der AfD-Stadtratsfraktion Bautzen
Mo	10.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	11.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Friedrichsstr. 9 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	12.05.21	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

Webseite Karsten Hilse, MdB

Die Internetseite unseres Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse ist online.

Unter www.karstenhilse.de können Sie sich immer über ihn und seine Arbeit informieren.



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 11.4.2021

Liebe Freunde, liebe Leser,

der AfD, Hans-Georg Maaßen, Querdenken und einigen anderen wird aktuell vorgeworfen, die „Verschwörungstheorie vom Great Reset“ (großer Neustart) in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.

Ausgedacht hat sich hier jedoch niemand etwas. Vielmehr legte vor einiger Zeit Klaus Schwab vom Weltwirtschaftsforum detailliert in Buchform dar, was sich im Zuge von Corona alles ändern sollte.

Er prognostizierte, es werde keine Rückkehr zur Normalität geben, und schlug vor, die gegenwärtige Krise für massive Investitionen in die Digitalisierung, den Klimaschutz und medizinischen Bereich zu nutzen.



Letztendlich ist das kein geheimer Plan, sondern für jeden wachen Bürger nur allzu offensichtlich. Durch Corona werden – zunächst ganz wertfrei betrachtet – weltweit die digitalen Überwachungstechniken ausgebaut.

Durch Corona profitieren, wie jeder an den Aktienkursen sehen kann, die global agierenden Digitalkonzerne. Amazon, Netflix und Co. verzeichnen riesige Umsatzzuwächse, während kleine und mittlere Unternehmen aus unserer Heimat von Berufsverboten betroffen sind.

Ebenso ist durch etliche Äußerungen ranghoher Politiker die Verquickung von Corona- und Klimapolitik belegt. EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen sagte bereits kurz nach Ausbruch der Corona-Krise, zwar gebe es „keinen Impfstoff“ gegen den Klimawandel. Dennoch müssten die jetzt bewilligten Billionen in den ökosozialistischen Umbau der (Energie-)Wirtschaft gesteckt werden.

Das ist eine seltsame, ideologisch gefärbte und weltfremde Logik. Von der Leyen bekam dafür trotzdem Applaus von höchster Stelle. Denn einige Monate später bezeichnete UN-Generalsekretär Antonio Guterres die Corona- und Klimapolitik als „zwei Seiten derselben



Medaille“.

Ebenso lassen sich alle anstehenden und bereits getroffenen Weichenstellungen in der Gesundheitspolitik einwandfrei nachverfolgen. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer behauptete am 5. Mai 2020 auf Twitter: „Niemand wird in Deutschland gegen seinen Willen geimpft.“

Das seien bössartige „Falschnachrichten und Verschwörungstheorien“, die unter anderem von der AfD gestreut würden, mussten wir uns anhören. Inzwischen hat Herr Kretschmer jedoch eine 180-Grad-Wende hingelegt. Zitat von Ende Februar: „Wenn 60, 70 Prozent geimpft sind, dann kann man noch mal über die Impfpflicht reden.“

Dass dieser drohende Impfwang den finanziellen Interessen der Pharmakonzerne entgegenkommt, dürfte einleuchtend sein. Insofern fußen die Befürchtungen derjenigen, die den „Great Reset“ kritisieren, zweifelsohne auf einem wahren Fundament.

Die entscheidende Frage ist nur, wie man sich dazu verhält. Die Altparteien treiben den geplanten Umbruch im Zusammenspiel mit der Europäischen Union, Großunternehmen und supranationalen Organisationen aus tiefster ideologischer Überzeugung voran.

Die AfD indes ist die einzige Oppositionskraft, die prinzipiell andere Ziele und Visionen anstrebt. Wir wollen keine vereinzelt, bindungslosen Individuen. Wir wollen mündige, selbstbewusste Bürger in intakten Gemeinschaften.

Wir wollen auch keine monopolähnliche Dominanz einiger weniger internationaler Digitalkonzerne. Viel lieber ist uns die Vielfalt und Lebendigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen, die man in der Innenstadt besuchen kann.

Darüber hinaus schließen wir uns auch nicht dem naiven Irrglauben an, allein mit Wind und Sonne ließen sich moderne Industriestaaten am Laufen halten. Wir setzen stattdessen zur Behebung ökologischer Probleme auf den technischen Fortschritt, auf Kernkraft und Technologien, die immer sauberer werden.

Zugleich lehnen wir Utopien wie jene von einer Welt ohne Krankheiten, einer Welt ohne Nationen und einer Welt ohne Geschlechterunterschiede als realitätsfern ab.

Wir stehen auf der Seite des „normalen“ Lebens und konzentrieren uns darauf, den Menschen bei alltäglichen Herausforderungen behilflich zu sein und ihnen gute Rahmenbedingungen zu schaffen, statt weiter mit Bevormundungen und Verboten zu arbeiten.

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/3945731945518673/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.4.2021

Messermörder, freie Verbrecher und Antifa-Terror: Warum liebe CDU?

Der Schutz der Bürger vor Gewalt und Verbrechen muss oberste Priorität für jede Regierung haben. Hier versagt die CDU in Sachsen immer mehr. Das machen drei aktuelle Beispiele deutlich:

1. Diese Woche beginnt der Prozess gegen den islamistischen Messermörder von Dresden. Aus Hass auf Ungläubige und ihre freiheitliche [Gesellschaft](#) stach der syrische Asylbewerber auf ein schwules Pärchen ein. Seit Jahren war der religiöse Fanatiker ausreisepflichtig. Zudem war das CDU-Innenministerium nicht in der Lage, den bekannten Extremisten wie notwendig rund um die Uhr zu überwachen. Dieser Mord hätte durch eine Abschiebung verhindert werden können und es hätten im letzten Jahr wenigstens die richtigen Konsequenzen erfolgen müssen. Das Ziel heißt für uns: Abschiebung aller Ausreisepflichtigen.
2. Dank der CDU haben wir in Sachsen auch eine linksradikale Justizministerin, die es 440 Verbrecher wegen Corona erlaubt, in Freiheit zu leben. Angeblich sollen so freie Quarantänebereiche geschaffen werden. Nun werden sich viele Bürger die Augen reiben, da in einem funktionierenden Gefängnis die Kontakte eigentlich von Haus aus stark eingeschränkt sein sollten. Doch Grüne wollen am liebsten Gefängnisse zur Strafe ganz abschaffen und alle Kriminellen durch ein Heer von Sozialarbeitern betreuen.
3. Schlussendlich randalierte am Wochenende ein linker Gewaltmob durch die Dresdner Neustadt und zerstörte die Scheiben in einer Bar. Derartige Auswüchse sind in Leipzig und Dresden an der Tagesordnung, weil die CDU Linksextremisten nicht mit Nachdruck verfolgt. Im Gegenteil: Viele Vereine im Umfeld der Szene werden mit erheblichen Summen aus der Staatskasse finanziert.

„Die Sicherheit der Bürger muss wieder an erster Stelle der Regierung stehen“, fordert der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [Sebastian Wippel](#). „Wenn die CDU dazu nicht mehr bereit oder in der Lage ist, sollte sie abtreten. Die Zeiten alternativloser Politik sind vorbei.“
<https://afd-fraktion-sachsen.de/messermoerder-freie-verbrecher-und-antifa-terror-warum-liebe-cdu/>

Petition gegen Diäten-Gier: Jetzt unterschreiben!

Obwohl viele Bürger [wirtschaftlich](#) am Abgrund stehen und immer mehr Betriebe in die Insolvenz getrieben werden, wollen sich die Abgeordneten von CDU, Grünen und SPD in Sachsen kräftig die Diäten erhöhen.

Die AfD lehnt diese Selbstbedienung seit Bekanntwerden der Pläne strikt ab. Aktuell wirkt die Bereicherung besonders unverschämt: Die Regierung verbietet vielen Bürgern ihren Beruf auszuüben und ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Sie selbst greift aber gierig ins Steuersäckel. Dazu kommt noch die Erhöhung der Fraktionsgelder und Mitarbeiterpauschale für die Abgeordneten.

„Mit vereinten Kräften können wir die Diätengier der Altparteien noch stoppen“, erklärt der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, [Jan Zwerg](#). „Ich bitte alle Bürger, eine überparteiliche Petition gegen die Erhöhung zu unterschreiben. Es fehlen nur noch wenige

Unterschriften, dann muss sich der Sächsische Landtag mit der Forderung befassen.“

<https://www.openpetition.de/petition/online/nein-zur-diaetenerhoehung-im-saechsischen-landtag>

<https://afd-fraktion-sachsen.de/petition-gegen-diaeten-gier-jetzt-unterschreiben/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.4.2021

Endlos-Lockdown: Raus aus der Sackgasse!

Zur aktuellen Verlängerung des Lockdowns in Sachsen bis 9. Mai und zur geplanten „Corona-Notbremse“ der Bundesregierung erklärt der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, [Jan Zwerg](#):



„Mit dem Endlos-Lockdown stellt sich CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer gegen große Teile der sächsischen [Gesellschaft](#). In einem Brandbrief haben gerade sieben sächsische [Wirtschafts](#)verbände die Lockdown-Politik deutlich kritisiert. Auch die sächsische Ärztekammer fordert eine Neuausrichtung der Corona-Politik.

Die AfD fordert, die grundrechtswidrigen Schließungen von Einzelhandel, Tourismus und Kultureinrichtungen zu beenden. Das gilt auch für die drohenden, neuerlichen Schließungen von Schulen und Kitas ab einer Inzidenz von 200. Sollte es dazu kommen, wäre das niederschmetternd.

Die Kollateralschäden dieser Holzhammer-Corona-Politik sind deutlich größer als ihr geringer gesundheitlicher Nutzen. Andere Länder wie Schweden oder der Bundestaat Florida zeigen, dass man ohne Lockdown mit dem Virus leben kann.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/endlos-lockdown-raus-aus-der-sackgasse/>

AfD stellt sich hinter alle friedlichen Demonstranten!

In etlichen sächsischen Städten finden derzeit Montagsdemonstrationen und „Spaziergänge“ aus Protest gegen die Corona-Einschränkungen statt. Teilweise wurden diese Versammlungen von der Polizei vorzeitig beendet.

Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Es ist inakzeptabel, wenn unseren Bürgern die Ausübung ihrer Grundrechte fast unmöglich gemacht wird. Grundrechte heißen Grundrechte, weil sie jedem Bürger in die Wiege gelegt werden. Die Bürger müssen dafür den Staat nicht um Erlaubnis bitten. Grundrechte bedürfen nicht der staatlichen Genehmigung. Sie sollten immer gelten.



Daher stellen wir uns hinter alle friedlichen Demonstranten, die auf ihre Versammlungsfreiheit pochen. Die lebendigen Proteste für ein Ende des Lockdowns und die Rücknahme



verfassungswidriger Maßnahmen sind ein gutes Zeichen für die Demokratie.

Auch zu Corona-Zeiten müssen Versammlungen mit erfüllbaren Vorkehrungen stattfinden können. Erst vor wenigen Tagen kamen führende deutsche Aerosol-Forscher zu dem Ergebnis, dass es im Außenbereich fast kein Infektionsgeschehen gibt. Daran sollte sich die sächsische Staatsregierung orientieren und ihre unsinnigen Einschränkungen endlich beenden.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/3893637180705771/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.4.2021

Schwere Brandstiftung und kaum Strafen: Kulturbonus für Brandstifter?

Wenn Verfolgte gerettet und aufgenommen werden, sollte man meinen, sie zeigen sich ihrem Retter und Gastgeber gegenüber dankbar. Bei Asylbewerbern in Sachsen zeigt sich ein anderes Bild: So haben „Schutzsuchende“ in ihren Unterkünften allein in Dresden neunmal schwere Brandstiftung verübt und 27-mal Sachbeschädigung begangen. Das ergab eine Anfrage der AfD-Abgeordneten [Martina Jost](#) (7/5833).



Schwere Brandstiftung gilt als ein Verbrechen, das die Gefährdung von Leib und Leben für andere in Kauf nimmt und deshalb mit mindestens einem Jahr Gefängnis bestraft werden muss. Umso mehr verwundert die lasche Reaktion der sächsischen Justiz: In fünf von den sieben bereits behandelten Fällen wurde das Verfahren wegen angeblicher Geringfügigkeit eingestellt oder weil der Täter nicht ermittelt werden konnte. Gibt es hier etwa einen Kulturbonus oder Strafrabatt für Asylbewerber?

„Bei Asylbewerbern muss mit der gleichen Härte geurteilt werden, wie bei Deutschen“, fordert Martina Jost. „Sonst ist das nicht nur eine Diskriminierung der Einheimischen,

sondern die Migranten denken, sie können sich hier alles erlauben. Bereits in einer anderen AfD-Anfrage (7/5655) haben wir herausbekommen, dass nur für den Wachschatz von Asyl-Erstaufnahmeeinrichtungen im letzten Jahr in Sachsen 22 Millionen Euro ausgegeben wurden. Der Steuerzahler muss mittlerweile riesige Summen ausgeben, um die ‚Schutzsuchenden‘ vor sich selbst zu schützen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/schwere-brandstiftung-und-kaum-strafen-kulturbonus-fuer-brandstifter/>



AfD-Antrag: Weisungsrecht des Justizministeriums abschaffen

Die AfD hat jetzt einen Antrag gestellt, das einzelfallbezogene Weisungsrecht des Justizministeriums gegenüber Staatsanwälten abzuschaffen (7/6027). Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):



„Ein wichtiger Baustein der Demokratie ist eine unabhängige Justiz. In Sachsen sehen wir gerade, wie die umstrittene Justizministerin Katja Meier versucht, auf die Staatsanwälte politisch Einfluss zu nehmen. Derartige Auswüchse wollen wir mit unserem Antrag in Zukunft verhindern. Bereits der Europäische Gerichtshof kritisierte, dass das Weisungsrecht die Staatsanwaltschaft daran hindert, vollständig unabhängig zu sein.“

Meier hat aktuell den Staatsanwälten angeordnet, die Vollstreckung von Gefängnisstrafen auszusetzen. Unter dem Vorwand coronabedingter organisatorischer Gründe hat sie offensichtlich politisches Strafrecht in Sachsen eingeführt.

Während verurteilte Schläger oder Messerstecher weiter die Freiheit genießen können, werden Verurteilte von ‚rechten‘ Propagandadelikten nicht verschont.

Des Weiteren will Meier die Justiz anhalten, sogenannte Bagatelldelikte, wie Schwarzfahren oder Ladendiebstahl unter 25 Euro, nicht mehr zur Anzeige zu bringen. Damit könnten Kriminelle im großen Stil stehlen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen.

Fazit: Grüner Einfluss auf die Justiz vergrößert die Rechtsunsicherheit und hat eine Verwahrlosung des öffentlichen Raumes zu Folge. Das muss verhindert werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-weisungsrecht-des-justizministeriums-abschaffen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.4.2021

Altersarmut ist eine Schande!

Altersarmut nimmt in Deutschland dramatisch zu. Die Zahl der Rentner, die im Alter von Sozialhilfe leben müssen, ist auf die Rekordzahl von 564.000 Senioren gestiegen. Das ist ein Anstieg von 36 Prozent innerhalb von zehn Jahren!

Ursache sind vor allem die niedrigen Gehälter, mit denen besonders viele Bürger in Sachsen über die Runden kommen müssen. Nach 45 Jahren Arbeit bleibt dann oft nur der Gang zum Sozialamt und Flaschensammeln auf den Straßen. Migranten, die nie oder nur wenig in die Sozialkassen eingezahlt haben, werden dagegen rundum versorgt.

„Die AfD-Fraktion will Altersarmut endlich effektiv bekämpfen“, erklärt die seniorenpolitische Sprecherin, [Gudrun Petzold](#). „Deshalb haben wir ein Rentenkonzept entwickelt, nach dem alle Geringverdiener pro Arbeitsjahr zehn Euro zusätzlich zur





Grundsicherung erhalten. Mit diesem Model werden diejenigen belohnt, die auch tatsächlich gearbeitet und eingezahlt haben.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/altersarmut-ist-eine-schande/>

Schulen und Kitas müssen offen bleiben!

Mit der geplanten Corona-Notbremse im Infektionsschutzgesetz will die Regierung alle Schulen und Kitas ab einer Inzidenz von 200 wieder schließen. Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban:

„In Sachsen liegen aktuell bereits acht Landkreise und Städte über dem wissenschaftlich umstrittenen Inzidenz-Wert von 200. Es ist unverantwortlich, hier Schulen und Kitas erneut schließen zu wollen. Deshalb stellt sich die AfD entschieden gegen diese Pläne. Die seelischen Schäden und Bildungslücken, die unsere Kinder durch Schulschließungen davontragen, sind schon jetzt viel zu groß. Zudem ist der angebliche Nutzen dieser Maßnahme noch nicht einmal wissenschaftlich nachgewiesen.“

Aktuell berichtet die Sächsische Zeitung von einem deutlichen Anstieg von Depressionen, Ängsten und Suizidgedanken unter Kindern und Jugendlichen in Sachsen. Sie leiden unter Einsamkeit, Isolation und fehlender Struktur im Tagesablauf. Eine weitere Verschlimmerung der Situation wollen wir stoppen.

Es ist auch bezeichnend, dass besonders CDU und Grüne an diesem Irrweg festhalten. Hier haben sich zwei Parteien gefunden, denen die Einschränkung der Grundrechte offenbar egal ist und die dem mündigen Bürger misstrauen. Mit einer Verbotskultur soll der Bürger immer mehr unter staatliche Kontrolle genommen werden.“

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/3899202023482620/>



20 Jahre sinnloser Krieg in Afghanistan endlich vorbei!



Bis zum 20. Jahrestag der Anschläge vom 11. September soll der US-Truppenabzug aus Afghanistan abgeschlossen sein. Auch die Bundeswehr wird dann das Land verlassen.

„Seit 2002 haben 53 junge Männer der Bundeswehr ihr Leben gelassen“, sagt dazu das sächsische AfD-Landesvorstandsmitglied, Andreas Harlaß: „Es war ein sinnloser Tod. Sie starben für geopolitische Interessen der USA. Kriegslüsterne, deutsche Altparteien rechtfertigten den Einsatz mit den zynischen Worten, dass am Hindukusch unsere Freiheit verteidigt würde. Unsere Soldaten fielen aber in einem Land, in dem es wahrscheinlich nie Frieden geben wird. Der dort grassierende Islamismus verfolgt



freiheitsliebende Afghanen und tötet sie gnadenlos. Frauenrechte gibt es de facto überhaupt nicht mehr.

Gegen eine Religion kann man keinen erfolgreichen Krieg führen. Noch in den 60er und 70er Jahren war Afghanistan ein freiheitliches Land. Frauen schlenderten im Minirock durch Kabul. Am 27. September 1996 marschierten dann die Taliban-Milizen in Kabul ein und errichteten das Islamische Emirat Afghanistan. Kunst und Kultur wurden ausgemerzt.

Es ist gut, dass künftig keine deutschen Soldaten mehr ihr Leben in diesem Land lassen müssen. Einem Land, dass sich zuerst selbst vom Joch des Islamismus befreien muss!"

<https://www.facebook.com/AfD.Sachsen/photos/a.322068014589056/3624119547717203/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 10./11.4.2021

Das Wahlprogramm ist beschlossen!

Es war ein hartes Stück Arbeit – doch am Ende stand ein hervorragendes, durchdachtes Wahlprogramm für die Bundestagswahl. An beiden Tagen des Bundesparteitags in Dresden haben die Delegierten der AfD für viele Stunden debattiert, gerungen, Argumente ausgetauscht und abgewogen. Wenn es sein musste, auch kontrovers und manchmal emotional – aber immer im Respekt vor der anderen Meinung. So wie es in einer Demokratie selbstverständlich sein sollte!



Schon am gestrigen Samstag zeichnete sich ab, wie sich der Parteitag gestalten wird: Diszipliniert und von Einigkeit getragen. „Es scheint sich doch etwas konstruktiver zu entwickeln, als das vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch zu befürchten war“, sagte die AfD-Europaabgeordnete und Delegierte Christine Anderson am Samstag. „Mit großer Spannung“ blickte Anderson auf die Diskussion über das Wahlprogramm – und spannend wurde es tatsächlich. So mancher Antrag

wurde nur mit haarscharfem Vorsprung angenommen beziehungsweise abgelehnt oder führte gar zu einem Patt. Während es am Samstag unter anderem um Volksabstimmungen und EU-Kritik



ging, folgten am Sonntag beispielsweise die Programmdebatten über Einwanderungspolitik, Familienpolitik und Gesundheitspolitik.

Die grundlegende Agenda des Parteiprogramms orientiert sich dabei auch am Leitspruch des Bundestagswahlkampfes: „Deutschland. Aber normal.“ Realismus und Normalität statt schriller ideologischer Utopie und Volkserziehung – das ist das Gebot der Stunde, wie auch der AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen am Sonntag im Gespräch mit AfD-TV unterstreicht: „Wir wollen verdammt nochmal unser normales Deutschland wiederhaben!“ Am besten gefällt Meuthen das Plakat, auf dem ein Hund ironisch ein „Tempolimit für grüne Verbote“ fordert. Schließlich würde Deutschland mehr Freiheit und weniger Bevormundungsstaat guttun, findet der Parteivorsitzende.

Das will die AfD auch im Wahlkampf deutlich machen. Ein Wehrmutstropfen dabei sind freilich die scharfen Corona-Auflagen, unter denen der Wahlkampf nach derzeitigem Stand aufgrund des Versagens der Bundesregierung stattfinden wird. „Ich hoffe, dass das wieder mit Menschenkontakt geht“, sagt Meuthen. Schließlich merken die Menschen gerade im persönlichen Kontakt besonders gut: Die AfD ist die Partei von normalen Leuten für normale Leute.

„Die Verbundenheit mit den Bürgern ist sehr wichtig, dies kommt auch in der Kampagne gut rüber“, findet auch Robert Farle, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, der auch als Delegierter in Dresden vor Ort ist. Angesichts der linksextremen Drohungen im Vorfeld ist Farle froh, dass die Anreise problemlos möglich war – und auch mit der Organisation des Parteitags ist Farle sehr zufrieden. „Die Rede des Bundessprechers Chrupalla hat mir sehr gut gefallen und war zukunftsweisend“, sagt der Parlamentarier. Auch von der Rede des sächsischen Fraktionsvorsitzenden Urban war Farle angetan. So fühlten sich alle Parteiströmungen inhaltlich und personell adäquat repräsentiert – es kann also losgehen mit dem Wahlkampf: Für ein freies, selbstbewusstes und normales Deutschland.

AfD-Bundesparteitag beschließt Corona-Resolution

Auf dem Bundesparteitag der Alternative für Deutschland in Dresden haben die Delegierten eine

AfD-Parteitag beschließt Corona-Resolution!



Corona-Resolution beschlossen. Mit den verabschiedeten Maßnahmen zeigt die AfD einen Weg zurück in die Normalität auf.

Die AfD fordert die Bundes- und Landesregierungen in der Resolution konkret zu folgenden Maßnahmen auf:

1. einen breiten wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs zuzulassen und dabei auch renommierte Wissenschaftler mit abweichender Meinung zum Umgang mit der derzeitigen Situation gleichwertig zu Wort kommen zu lassen. Gelegenheit dazu gäbe ein unabhängiges Expertengremium, in dem nicht nur Virologen und Epidemiologen, sondern auch Psychologen, Soziologen, Ökonomen und

Verfassungsrechtler vertreten sind und auch gehört werden müssten.



2.

zu seit Jahrzehnten bewährten Diagnosemethoden zurückzukehren, die eine Anamnese des Patienten mit einschließt. Der PCR-Test allein ist nicht geeignet, um eine Infektion sicher nachzuweisen. Täglich veröffentlichte Infektionszahlen dürfen deshalb nicht mehr ausschließlich auf Labordiagnostik beruhen.

3.

reelle und für die Bevölkerung wichtige und nachvollziehbare Verhältnismäßigkeiten herzustellen, z.B. die Zahl der aktuell Erkrankten der Zahl der nicht betroffenen Gesamtbevölkerung gegenüber zu stellen. Derzeit leiden 99,82% der Bevölkerung unter den verordneten Maßnahmen aufgrund nur 0,18% positiv Getesteten.

4.

hinsichtlich möglicher gesundheitlicher Gefahren und Langzeitfolgen der ungewöhnlich schnell zugelassenen, erstmalig auf mRNA basierenden, Impfstoffe die Bevölkerung keinerlei Risiken auszusetzen. Die Meldungen über alarmierend hohe Nebenwirkungen aus verschiedenen Ländern müssen ernst genommen werden, die auffällig vielen Corona-Ausbrüche und erhöhten Sterberaten nach Impfungen in Heimen untersucht werden. Die Bevölkerung ist über bestehende Risiken transparent und unvoreingenommen aufzuklären.

5.

jedweden, auch indirekten, Zwang zur Durchführung von Tests, Impfungen u.a. durch Einführung sogenannter Schnelltest- Apps und des grünen Impfpasses, sowie Benachteiligungen für Maskenbefreite zu unterlassen. Die grundgesetzlich garantierten Rechte auf Menschenwürde und auf körperliche Unversehrtheit sind zu bewahren und zu schützen, den Ärzten das Recht auf freie Ausübung ihres Berufes nach ihrem Gewissen weiterhin zu ermöglichen und zu gewährleisten.

6.

Kinder als Corona-Maßnahmenopfer besonders ins Blickfeld zu nehmen. Laut der Bundes Psychotherapeuten Kammer leiden weit über 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland unter dem erneuten Lockdown während der zweiten Coronawelle. Fast jedes dritte Kind ist momentan psychisch auffällig.

7.

anstatt einer Politik der Angst, wie im Strategiepapier des Bundesinnenministeriums enthalten , eine Politik der Verhältnismäßigkeit (nur 0,18% der Bevölkerung sind aktuell positiv getestet) zu betreiben, die Zuversicht verbreitet und Empfehlungen für Maßnahmen beinhaltet, die das Immunsystem stärken.

8.

den Menschen wieder Eigenverantwortung und Freiheit zurückzugeben. Dabei soll es den mündigen Bürgern überlassen bleiben, in welchem Maße sie sich selbst schützen möchten und auch den älteren Menschen wieder entsprechend einer menschenwürdigen Behandlung ihre Selbstbestimmung zurückzugeben und sie darin bestmöglich zu unterstützen und zu schützen.



9.

Den staatlich verordneten Lockdown sofort zu beenden und den vielen existenzgefährdeten Betrieben und ihren Mitarbeitern und allen Menschen wieder ihre grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte allumfassend zurückzugeben.

<https://afdkompakt.de/2021/04/10/afd-bundesparteitag-beschliesst-corona-resolution/>

Die AfD präsentiert ihre beiden Kampagnenfilme

Premiere für die beiden Kampagnenfilme der AfD zum Bundestagswahlkampf 2021 in Dresden:

Unter großem Beifall wurden sie heute anlässlich des Parteitages in Dresden präsentiert. Sie stehen für den Slogan „**Deutschland. Aber normal.**“, mit dem die AfD im Bundestagswahlkampf um Stimmen werben wird.

Zur Verwendung in den Medien finden sie beide Filme hier:

1. AfD-Kampagnenfilm 2021: [Deutschland. Aber normal.](#)

2. AfD-Kampagnenfilm 2021: [Es gibt da eine Partei, ...](#)

<https://www.afd.de/die-afd-praesentiert-ihre-beiden-kampagnenfilme/>

Eine echte Alternative, um Deutschland wieder nach vorne zu bringen

Auf dem Bundesparteitag in Dresden hat die AfD am Sonntag ihr Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 beschlossen und am Ende einstimmig angenommen. Knapp 600 Parteitags-Delegierte berieten und entschieden dazu zwei Tage lang über rund 170 Änderungsanträge, die es zum Leitantrag der Bundesprogrammkommission gegeben hatte.

Dabei wurden wichtige Akzente gesetzt, insbesondere in den Bereichen Familien, Wirtschaft und Gesundheit – letzteres etwa durch eine Corona-Resolution, die anhand eines 9-Punkte-Plans konkret den Weg zurück in die Normalität aufzeigt. Wichtige Beschlüsse wurden außerdem zur Europapolitik sowie zur Landesverteidigung gefasst. Entschieden wurde auch über das Personal für das Bundesschiedsgericht.

Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl wurden auf dem Parteitag keine gewählt. Die Mehrheit der Delegierten votierte dafür, dem Ergebnis der Mitgliederbefragung zu folgen und die Mitglieder über Spitzenkandidaten entscheiden zu lassen. Der Parteitag legte dazu fest, dass die AfD mit einem Spitzenkandidaten-Duo in den Wahlkampf geht.

Die Wahlkampagne der AfD mit dem Slogan „Deutschland. Aber normal“ fand auf dem Parteitag breite Zustimmung.

Bundessprecher **Tino Chrupalla** erklärt dazu:

„Unser Parteitag war ein gelungener Auftakt für den Bundestagswahlkampf. In leidenschaftlichen Debatten haben wir an den Botschaften gefeilt und jenen basisdemokratischen Meinungspluralismus demonstriert, der uns einzigartig macht in der deutschen Parteienlandschaft. Herausgekommen ist ein Wahlprogramm für jene wachsende Mehrheit in der Bevölkerung, die über die Euro-, die Migrations- und zuletzt über die Coronapolitik restlos das Vertrauen in die etablierten Parteien verloren hat.“



Es orientiert sich an der Lebenswirklichkeit der Bürger. Es setzt die richtigen Akzente für Familie, Bildung, Wirtschaft, Verteidigung und alle anderen wichtigen Lebensbereiche. Mit diesem Programm und einem ergebnisorientierten, erfolgreichen Parteitag hat sich die AfD als das präsentiert, was unser Land so dringend braucht: Eine echte Alternative, um Deutschland wieder nach vorne zu bringen.“

<https://www.afd.de/tino-chrupalla-eine-echte-alternative-um-deutschland-wieder-nach-vorne-zu-bringen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.4.2021

Dresdner Mord zeigt erneut – Abschieben heißt Menschenleben retten

Heute begann in Dresden der Mordprozess gegen den IS-Terroristen Abdullah al Haj Hasan, der am 4. Oktober vergangenen Jahres in der Dresdner Altstadt mit einem Küchenmesser auf zwei Männer eingestochen haben soll. Der vorbestrafte Syrer habe aus Homophobie das homosexuelle Paar „als Repräsentanten einer von ihm als ‚ungläubig‘ abgelehnten freiheitlichen und offenen Gesellschaftsordnung ausgesucht“, heißt es in der Anklage der Bundessanwaltschaft.

Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin, erklärt:

„Wieder einmal wurde ein von Behörden als Gefährder eingestufte Islamist nicht abgeschoben, obwohl den Behörden die Terror-Gefahr klar sein musste, die von dem Syrer ausging. Der Strafsenat des OLG Dresden sah es bei der Verurteilung 2018 als erwiesen an, dass der Islamist Symbole des IS in seinem Facebook-Profil verwendet und über soziale Netzwerke den Dschihad propagiert hatte. Hinzu kam, dass er Gleichgesinnte zum Kampf als Märtyrer gegen sogenannte Ungläubige aufgefordert hatte. Was muss im Merkel-Deutschland noch passieren, dass ein islamistischer Terrorist vor der Ausführung seiner Mordtaten abgeschoben wird?

Das Bundestagswahlprogramm der AfD zeigt die Alternative zum Islamisten-Kuschelkurs der etablierten Parteien. Neben rigorosen Abschiebungen von islamistischen Gefährdern und Straftätern fordern wir, die Auslandsfinanzierung von Moscheen endlich zu stoppen und islamistische Gruppierungen wie die Muslimbrüder zu verbieten.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-dresdner-mord-zeigt-erneut-abschieben-heisst-menschenleben-retten/>

Frontalangriff auf Föderalismus und Grundrechte

Noch in dieser Woche soll erneut eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes durch den Bundestag verabschiedet werden. Diese sieht bundeseinheitliche Maßnahmen ab einem Inzidenzwert von 100, darunter nächtliche Ausgangssperren und umfangreiche Schließungen vor.

Die Alternative für Deutschland lehnt derartige Vorhaben entschieden ab.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Stephan Brandner, macht deutlich, dass die geplanten Maßnahmen eklatant gegen das Grundgesetz verstoßen und die Grundrechte der Bürger in einem Umfang beschränken, der bisher ungekannte Ausmaße annehme.



„Als AfD lehnen wir jedwede Versuche, unsere Verfassung weiter mit Füßen zu treten, entschieden ab. Die Bundesregierung will sich mit dem vorgelegten Gesetzentwurf eine Allmacht sichern, die ihr Kompetenzen auch für weitere Ge- und Verbote ohne jede Parlamentsbeteiligung einräumt.

Der Bundestag wird sich bei einer Zustimmung, ebenso selbst überflüssig machen, wie die Länder bei einer Zustimmung im Bundesrat. Der Gesetzentwurf stellt unser gesamtes Staatsgebilde in Abrede, er befriedigt die ausufernden Machtphantasien der Merkel-Regierung und schafft ein System des Dauerlockdowns, was wir auf absehbare Zeit nicht mehr verlassen werden. Nachdem seit über einem Jahr unsere Grundrechte faktisch weitgehend abgeschafft sind, greifen die Altparteien nun massiv den Föderalismus an.

Ich fordere alle Fraktionen im Bundestag auf, sich gegen diesen Gesetzentwurf zu stellen und gemeinsam mit der AfD für Freiheit, Grundrechte und Demokratie zu kämpfen“, meint Brandner wörtlich.

<https://www.afd.de/stephan-brandner-frontalangriff-auf-foederalismus-und-grundrechte/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.4.2021

Ob Laschet oder Söder – einen Politikwechsel zum Besseren wird es mit beiden nicht geben

Medienwirksam und mit viel Getöse konkurrieren die beiden Ministerpräsidenten Armin Laschet und Markus Söder darum, wer von beiden als CDU/CSU-Kanzlerkandidat antreten darf.

Dazu Bundessprecher Jörg Meuthen:

„Viel Theaterdonner in einem blassen Schaustück. Egal, ob Laschet oder Söder der Endloskanzlerin nacheifern dürfen, ein Politikwechsel zum besseren ist von beiden nicht zu erwarten.

Im Gegenteil: Beide haben sich immer wieder als begeisterte ‚Merkelianer‘ bekannt. Ihre Schwesterparteien in NRW und Bayern haben sie bis zur Unkenntlichkeit in Richtung Links-Grün transformiert.

Konservative und freiheitliche Werte vertritt allein noch die AfD.“

<https://www.afd.de/joerg-meuthen-ob-laschet-oder-soeder-einen-politikwechsel-zum-besseren-wird-es-mit-beiden-nicht-geben/>

Union übernimmt Forderung nach Stopp der Finanzierung von Islamverbänden

Heute beginnt der Ramadan. Unter der Überschrift „Islamismus hat sich in Teilen der Gesellschaft breitgemacht“ zitiert die WELT aus einem Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Unionsforderungen, staatliche Kooperationen und Finanzierungen von islamistisch beeinflussten Islamverbänden zu beenden. Unter den genannten Verbänden sind auch der Zentralrat der Muslime und die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (Atib) als Teil der rechtsextremistischen Grauen Wölfe in Deutschland.

Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin, erklärt:



„Wenn die Union jetzt einräumt, dass Islamismus ‚sich in Teilen unserer Gesellschaft breitgemacht‘ hat, stellt sie sich selbst als Regierungspartei ein verheerendes Zeugnis aus. In der Bekämpfung des Islamismus hat die Union rundum versagt.

Schlimmer noch: Armin Laschet und seine NRW-CDU haben über viele Jahre Graue Wölfe und Islamisten in ihren eigenen Reihen geduldet und sogar gefördert. Im Bundestag hat die Unionsfraktion zuletzt einen Antrag der AfD zum Verbot der Grauen Wölfe abgelehnt und keine Alternativen aufgezeigt.

Und nicht zu vergessen ist die Förderung von Projekten des Zentralrats der Muslime durch eine Bundesministerin der Merkel-Regierung. Wenn das Positionspapier der Union mehr als nur Augenwischerei sein soll, müssen bald konkrete Maßnahmen gegen islamistische Organisationen folgen. So muss die Auslandsfinanzierung von Moscheen endlich gekappt und islamistische Gruppierungen wie die Muslimbrüder müssen verboten werden.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-union-uebernimmt-forderung-nach-stopp-der-finanzierung-von-islamverbaenden/>

Bundestag muss weitere Zentralisierung und Drangsalierungen verhindern

Am heutigen Dienstag hat das Bundeskabinett für weitere Änderungen des Infektionsschutzgesetzes gestimmt. Damit verbunden sind massive Grundrechtsbeschränkungen der Bürger, insbesondere Ausgangssperren, deutschlandweite Schließungen des Einzelhandels, extreme Kontaktbeschränkungen und Eingriffe in den Föderalismus.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher, appelliert an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages nachdrücklich, diese weiteren freiheitsbeschränkenden Gesetzesänderungen abzulehnen. Eine Entmachtung der Länder und einzig an einem Inzidenzwert gekoppelte Regelungen seien vollkommen unverhältnismäßig.

Stephan Brandner: „Es steht in der Verantwortung der Abgeordneten, Merkel endlich in ihre Schranken zu weisen und einem solchen Gesetz die rote Karte zu zeigen. Die Maßnahmen, wie insbesondere eine Ausgangssperre, sind entwürdigend und nicht akzeptabel. Grundrechtseinschränkungen und -aufhebungen dürfen nicht und schon gar nicht im Schnellverfahren durchgewunden werden.

Dieser Ausnahmezustand übersteigt alles bisher gekannte. Er wird unser Land nachhaltig schädigen!“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-bundestag-muss-weitere-zentralisierung-und-drangsalierungen-verhindern/>

AfD verklagt CDU-Kretschmer

Die CDU hat offenbar aus den vielfachen juristischen Niederlagen gegen die AfD nichts gelernt! Sachsens CDU-Ministerpräsident Kretschmer nutzt eine amtliche beziehungsweise staatliche Mitteilung, um die politische Konkurrenz verächtlich zu machen: Die AfD sei „eine Gefahr für unser Land“ und nehme „Todesfälle in Kauf“. Der Hetzkommentar wurde auf dem Twitter-Profil „MPKretschmer“ und damit in der Eigenschaft als Ministerpräsident veröffentlicht. „Das lassen wir uns nicht bieten und gehen in der Angelegenheit mit allen juristischen Mitteln gegen Kretschmer vor!“, sagt AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla in seiner Reaktion.



Schließlich hat Kretschmer „staatliche, also aus dem Steueraufkommen finanzierte Mittel mit dem Ziel eingesetzt, der AfD erheblich zu schaden“, erläutert Chrupalla. Die juristische Gegenwehr der AfD dürfte gute Aussichten auf Erfolg haben, nachdem sowohl Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), als auch die frühere Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) sich bereits in ähnlichen Fällen bei der AfD eine juristische Klatsche abgeholt hatten. Kretschmer legt mit seinem kläglichen Fehlpass zum politischen Gegner offenbar großen Wert darauf, dass die AfD nun auch noch das 3:0 gegen die CDU einschenkt.

Abgesehen davon liegt Kretschmer natürlich auch inhaltlich völlig falsch: Die AfD nimmt keine „Todesfälle in Kauf“, sondern fordert im Gegenteil unermüdlich, dass endlich die Risikogruppen mit vernünftigen Maßnahmen geschützt werden. Doch gerade bei diesem Ziel versagt Kretschmers Partei, die sich stattdessen auf völlig sinnlose „Lockdown“-Schikanen konzentriert. Sein Hetz-Kommentar bei Twitter ist daher ein peinliches Ablenkungsmanöver!

<https://afdkompakt.de/2021/04/13/afd-verklagt-cdu-kretschmer/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.4.2021

„Brexit-Reserve“ der EU schadet Deutschland!

Joachim Kuhs, Mitglied im Bundesvorstand und haushaltspolitischer Sprecher der AfD im EU-Parlament, stellt zur sogenannten Brexit-Reserve klar:

„Nachdem das Ergebnis der Volksabstimmung und damit der Mehrheit der britischen Wähler endlich umgesetzt und der Brexit Wirklichkeit wurde, schlug die EU-Kommission ein neues Budgetinstrument vor, mit dem die wirtschaftlichen Folgen des Brexit adressiert werden sollten. Der sollte so wirtschaftlich verträglicher gestaltet werden, insbesondere für die größeren Handelspartner des Vereinigten Königreichs wie Irland, die Niederlande, Deutschland und Frankreich. Das Paket umfasst fünf Milliarden Euro und wird der Öffentlichkeit als ein heilbringendes Hilfspaket verkauft.

Natürlich wächst Geld nicht auf den Bäumen, so dass die EU-Mitgliedstaaten und deren Steuerzahler dafür mittels ihres Beitrags zum EU-Budget aufkommen müssen. Wir alle wissen, dass Deutschland der größte Beitragszahler ist, sowohl in relativen, wie in absoluten Zahlen. Nach dem Kommissionsvorschlag für die Brexit-Reserve würde Deutschland indes nur drittgrößter Profiteur werden – nach Irland und den Niederlanden. Das hört sich nach einem schlechten Geschäft für den Hauptfinanzier der EU an. Und das ist es auch.

Doch das ist nicht das Ende der Geschichte. Das EU-Parlament hat sich der Brexit-Reserve angenommen. Nach dem Vorschlag der französischen Berichterstatterin von der liberalen Renew-Fraktion, der auch die FDP angehört, sollen sich die Verhältnisse weiter verschlechtern. Deutschland rückte auf die vierte Stelle der Begünstigten und würde von Frankreich überholt werden.

Sie wissen natürlich: Ist man bei den Altparteien und wird ins EU-Parlament gewählt, wird man gleichsam zum bedingungslosen EU-Befürworter und hängt die Interessen des Heimatlandes und der deutschen Steuerzahler an den Nagel.



Für Franzosen ist dies offenbar anders, selbst wenn sie zu Macrons Leuten gehören. Dort denkt man offenbar an die eigenen Steuerzahler.

Die EU hat für viele etwas Magisches. Sie nimmt den Steuerzahlern das Geld aus der linken Tasche und steckt weniger in die rechte Tasche zurück – und zaubert vielen Leuten dennoch ein Lächeln ins Gesicht.

Für mich ist das jedoch nur ein billiger Trick, der die Haushaltsdisziplin und die Transparenz beschädigt, Schulden verursacht und keine wirtschaftliche Verbesserung bewirkt – im Gegenteil: Allein könnte Deutschland unseren Unternehmen besser helfen, die EU braucht es für diese Form von Umverteilung mit Sicherheit nicht!“

<https://www.afd.de/joachim-kuhs-brexit-reserve-der-eu-schadet-deutschland/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.4.2021

Zur Entscheidung des Landgerichts Berlin: Parteiausschluss bleibt bestehen

Das Landgericht Berlin hat heute in dem Verfahren, mit dem Doris von Sayn-Wittgenstein gegen ihren Ausschluss aus der AfD geklagt hat, seine Entscheidung verkündet. Dieses erstinstanzliche Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Das bedeutet: Frau von Sayn-Wittgenstein ist durch die heutige Gerichtsentscheidung nicht wieder Mitglied der AfD geworden. Ihr Parteiausschluss bleibt bestehen bis das Berufungsverfahren, das der Bundesvorstand nach Lektüre der Urteilsbegründung in jedem Fall eröffnen wird, abgeschlossen ist.

Eine Wiedereinsetzung von Doris von Sayn-Wittgenstein in ihre Mitgliedsrechte hat es heute also nicht gegeben, und dabei wird es auch am Ende des Berufungsverfahrens bleiben. Das Landgericht hat in der mündlichen Verhandlung nämlich nicht ausgeführt, dass der vom Bundesvorstand festgestellte Verstoß gegen die Ordnung der Partei nicht gegeben sei. Es hat die Entscheidung vielmehr allein wegen eines angeblichen formellen Verfahrensfehlers getroffen. Dieser besteht jedoch nicht, was das Kammergericht bestätigen wird, davon sind wir überzeugt.

Den Antrag auf Feststellung, dass Frau Sayn-Wittgenstein Mitglied im Landesvorstand Schleswig-Holstein ist, hat das Landgericht abgewiesen.

<https://www.afd.de/zur-entscheidung-des-landgerichts-berlin-parteiausschluss-bleibt-bestehen/>

Das „Grundfunk“-Reformmodell wird Teil des Wahlkampfprogrammes

Auf dem Parteitag zum Bundeswahlprogramm, der vom 9. und 11. April in Dresden stattgefunden hat, entschied die Mehrheit der Delegierten, dass die Einführung eines „Grundfunks“ zentrales Wahlkampfthema werden soll. Die Reformidee unter dem Titel „Grundfunk“ soll die öffentlich-rechtlichen Sender grundlegend reformieren. Zukünftig sollen sich ARD, ZDF und Co. auf die Grundversorgung der Bürger mit Bildung, Information, Dokumentation und Kultur konzentrieren und zu einem Schaufenster der Regionen werden. Darüber hinaus soll das Angebot nicht länger über Zwangsbeiträge finanziert werden – diese Belastung der Bürger soll nach den Plänen der AfD ersatzlos wegfallen. Letztes Jahr hatten sich bereits sieben AfD-Landtagsfraktionen auf dieses Reformkonzept geeinigt.

Dazu Joachim Paul, Mitglied des Bundesvorstandes:



„Ich freue mich sehr, dass die Mehrheit der Delegierten unserem Antrag gefolgt ist und die Forderung nach einem schlanken Heimatfunk, dem ‚Grundfunk‘, nun Teil des Bundestagswahlprogrammes ist. Es ist höchste Zeit für eine nachhaltige Strukturreform der Öffentlich-Rechtlichen. Die Einführung eines Grundfunks würde nicht nur den kompletten Ausstieg aus den Zwangsbeiträgen bedeuten, sondern ARD, ZDF Co. durch Schärfung des Programms zu einem Schaufenster der Regionen machen – mehr Dokumentation, Bildung und Kultur – mehr Heimat. Das heißt konkret: Regionale Studios werden erhalten oder ausgebaut, an dem Überbietungswettbewerb um teure Sportrechte nehmen die Öffentlich-Rechtlichen dann nicht mehr teil.“

Paul weiter: „Der Grundfunk würde die Medienlandschaft viel besser ergänzen, weil er sich auf das konzentrieren würde, was die profitorientierten Privaten nicht senden können oder wollen. Dazu wären auch zukünftig nicht mehr viele Milliarden nötig. Die AfD möchte das Finanzvolumen um bis zu 90% kürzen. Die Finanzierung soll laut Grundfunk-Modell durch eine Abgabe erfolgen, die große Medienkonzerne, die audiovisuelle Medien anbieten, zu entrichten haben. Ihnen ist es dann möglich Grundfunk-Formate nach Erstausstrahlung auch auf ihren Plattformen anzubieten. Die Kontrolle der Sender sollte nach unseren Vorstellungen durch ein gewähltes Zuschauerparlament und einen unabhängigen Expertenrat ausgeübt werden.“

Paul schließt: „Die AfD ist die einzige Partei, die sich seit Jahren konsequent für eine Strukturreform der Öffentlich-Rechtlichen einsetzt und ein in sich logisches Reformmodell entwickelt hat, das auf einer sinnvollen Grundversorgung fußt und zugleich das Versprechen einlöst, die **Rundfunkbeiträge vollständig abzuschaffen**. Der Grundfunk – da bin ich mir sicher – wird im Zuge des Wahlkampfes sicher zur Sprache kommen und die Debatte um die Zukunft der milliardenschweren Öffentlich-Rechtlichen im Digitalzeitalter entscheidend prägen.“

<https://www.afd.de/joachim-paul-das-grundfunk-reformmodell-wird-teil-des-wahlkampfprogrammes/>

Mietendeckel-Klatsche für Rot-Rot-Grün in Berlin

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat das Gesetz zur Mietenbegrenzung im Wohnungswesen in Berlin (MietenWoG Bln) für mit dem Grundgesetz unvereinbar und deshalb für nichtig erklärt.

Beatrix von Storch, stellvertretende Bundessprecherin, erklärt:

„Rot-Rot-Grün ist mit seinem verfassungswidrigen Mietendeckel komplett gescheitert. Ein gutes Signal für Berlin und für Deutschland, denn die Menschen brauchen mehr Wohnraum und keine sozialistische Zwangsbewirtschaftung des Mangels.“

Das kennen wir noch aus der DDR: Wohnungsnot und verwahrloste, in vielen Städten nicht mehr bewohnbare Straßenzüge waren typisch für das SED-Regime. Auferstanden aus Ruinen und wieder zurück zu ihnen: Dafür stehen SED und ihre Erben, die Linkspartei – im Bündnis Rot-Rot-Grün. Der politische Wille zum Sozialismus ist weiter ungebremst.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem heute einen Riegel vorgeschoben, auch wenn es sich ‚nur‘ auf die Sperrwirkung des Bundesrechts für die Gesetzgebungsbefugnis der Länder in diesem Fall bezieht.“

<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-mietendeckel-klatsche-fuer-rot-rot-gruen-in-berlin/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 10./11.4.2021

Wald statt Windmühlen

AfD-Fraktionsvize Peter Felser ist entsetzt vom geplanten Umbau des Schwarzwaldes in eine Windkraft-Region:

„Einst hatte die Angst-Partei ‚Die Grünen‘ vorm Waldsterben durch sauren Regen gewarnt. Nun haben sie selber den Tod von unzähligen Bäumen beschlossen – gemeinsam mit der CDU.

Stehen die Windräder erstmal, sind die betroffenen Waldflächen verloren. Bis zu zwölf Meter tiefe Betonfundamente machen selbst nach Ende der Nutzungszeit von 20 Jahren eine Wiederaufforstung unmöglich. Hinzukommen die massiven Auswirkungen auf das Tierreich, insbesondere das massenweise Schreddern von Vögeln und Fledermäuse. Der Klimawahn der Altparteien macht es möglich.

Wir fordern ein sofortiges Verbot aller Windkraftprojekte im Wald. Nur so können wir unsere Heimat und ihre Natur wirksam schützen.“

<https://afdbundestag.de/felser-wald-statt-windmuehlen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.4.2021

Infektionsschutzgesetz untergräbt demokratische Grundprinzipien

Die Fraktionsvorsitzenden der AfD im Deutschen Bundestag Alice Weidel und Alexander Gauland fordern den Verzicht auf die geplante Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes:

„Die AfD-Fraktion lehnt den vorliegenden Entwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes ab. Dieses Gesetzesvorhaben untergräbt die föderale Architektur der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt keinen Grund, die Zuständigkeit der Bundesländer im Kampf gegen Corona zu beschneiden und dadurch den Föderalismus zu entkernen.

Die geplante Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes ist nicht nur ein Freibrief für weitreichende pauschale Grundrechtsbeschneidungen durch die Zentralgewalt, sondern schränkt auch noch die Möglichkeit der Bürger ein, sich vor Gericht gegen unangemessene und überzogene Maßnahmen zu wehren.

Ein willkürlich politisch festgelegter und manipulierbarer Wert wie die sogenannten Inzidenzzahlen ist nicht als Grundlage für massive und automatische Eingriffe in Grund- und Freiheitsrechte geeignet. Die Bundesregierung maßt sich Kompetenzen an, die ihr nicht zustehen, um von ihrem



offenkundigen Versagen etwa bei der Impfstoffbeschaffung abzulenken. Es ist nicht hinnehmbar, dass diese Bundesregierung demokratische Grundprinzipien beschädigt, weil sie nicht davon ablassen kann, sich an ihrem gescheiterten Dauer-Lockdown festzuklammern.“

<https://afdbundestag.de/weidel-gauland-infektionsschutzgesetz-untergraebt-demokratische-grundprinzipien/>

Bundesregierung liegt Gesundheit der Bürger weniger am Herzen als zusätzliche Steuereinnahmen

Das Bundesfinanzministerium beabsichtigt eine Erhöhung der Tabaksteuer. Verbraucher von E-Zigaretten profitierten bisher von dem vergleichsweise niedrigeren Steuersatz für Pfeifenprodukte. Nun soll sich dies im kommenden Jahr durch das Tabaksteuermodernisierungsgesetz ändern. Der höhere Steuersatz soll neben der Zigarette auch für die E-Zigarette bzw. Verdampfer (sogenannte „Heat-not-Burn“-Produkte) gelten.

Dazu erklärt der AfD-Bundestagsabgeordnete Uwe Witt, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit:

„Bezugnehmend auf meine Kleine Anfrage an die Bundesregierung, hat diese nun geantwortet. Darin hatte ich mich erkundigt, welchen Zweck die Steuererhöhung auf E-Zigaretten haben soll, ob diese einen gesundheitlichen Aspekt verfolgt.

Leider bietet die Antwort wenig Fundiertes und viele vage Aussagen. Das Hauptaugenmerk liegt etwa nicht auf dem Jugendschutz, denn Jugendlichen sei das Rauchen ja sowieso verboten. Auch kann es nicht um allgemeine Gesundheitsfürsorge gehen, denn über die gesundheitlichen Folgen des Genusses von E-Zigaretten liegen kaum Daten vor. Erkenntnisse darüber seien ‚dynamisch‘, das heißt zu Deutsch ‚nicht eindeutig‘. Ob E-Zigaretten nun schädlicher sind als herkömmliche Zigaretten, weiß man also schlichtweg nicht. Letztlich interessierte ich mich dafür, ob die letzte Tabaksteuererhöhung neben sprudelnden Steuereinnahmen auch die Reduzierung der Raucherzahlen bewirkt hat. Die Bundesregierung liefert die Antwort: Nein. Seit mindestens fünf Jahren genießen 27 Prozent der Deutschen Tabak.

Ähnlich wie bei der Benzinsteuern setzt die Regierung Abgaben gezielt ein, um die Bevölkerung ideologisch zu erziehen. Man muss sich hier die Frage stellen, ob Abgaben eingesetzt werden, um den Bürgern politische Ideen der Regierungsparteien gegen ihren Willen aufzuzwingen. Soll die Bevölkerung dazu gezwungen werden, sich eigene Überzeugungen schlichtweg nicht mehr leisten zu können? Es wird deutlich, dass es der Bundesregierung die Gesundheit der Bürger weniger am Herzen liegt, als die zusätzlichen Steuereinnahmen.“

<https://afdbundestag.de/witt-bundesregierung-liegt-gesundheit-der-buerger-weniger-am-herzen-als-zusaetzliche-steuereinnahmen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.4.2021

Testpflicht für Unternehmen ist Bankrotterklärung des Staates

Zu den Plänen von Sozialminister Heil, Unternehmen zu verpflichten, Tests für Beschäftigte anzubieten, sagt der stellvertretende Leiter des Arbeitskreises Arbeit und Soziales der AfD-Bundestagsfraktion, Jürgen Pohl:



„Die Orientierung des Sozialministers Heil, dass die Wirtschaft – das heißt die Betriebe, Klein- und Mittelständler aber auch die Automobilkonzerne und andere Wirtschaftseinheiten – die vornehmste Aufgabe des Staates übernehmen soll, nämlich den Schutz seiner Bürger, ist eine Bankrotterklärung der Bundesregierung.

Nicht nur, dass diese Tests erhebliche Kosten verursachen, die natürlich vom Staat zu erstatten wären. Es ist auch dreist, dem Bürger zuzumuten, von medizinisch ungeschultem Personal sich den Teststab in die Nase rammen zu lassen. Einzig und allein auf Basis der kommunal organisierten Testzentren mit medizinischem Fachpersonal kann die staatliche Aufgabe des Schutzes der Bürger sach- und fachgerecht geleistet werden.

Nach dieser fachlichen Entgleisung des Sozialministers kann nur die Forderung nach Rücktritt gestellt werden.“

<https://afdbundestag.de/pohl-testpflicht-fuer-unternehmen-ist-bankrotterklaerung-des-staates/>

Reform der Agrarförderung wird das Höfesterben massiv befördern

Nach monatelangem Streit hat die schwarz-rote Regierungskoalition sich auf einen Reformkompromiss zur Umsetzung der Agrarförderung in Deutschland ab 2023 geeinigt. Die zugehörigen Gesetzesentwürfe sollen heute vom Bundeskabinett beschlossen werden.

Zu den Vorschlägen äußert sich der agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Protschka, wie folgt:

„Die Reform der Agrarförderung bleibt leider weit hinter den Erwartungen zurück. Die starke Kürzung der einkommenswirksamen Direktzahlungen hat eine verheerende Wirkung und wird das Höfesterben massiv befördern. Zusammen mit ständig neuen kostenintensiven Auflagen und Verboten für die Landwirtschaft zwingt die Bundesregierung dadurch insbesondere die kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetriebe zum Aufgeben.

Es wird Zeit für eine grundlegende Reform der Agrarpolitik, die vor allem das Fortbestehen familiengeführter Höfe sichert. Neben einer zielgerichteten Agrarförderung muss diese auch eine stärkere Marktstellung der landwirtschaftlichen Betriebe, bessere Vermarktungsmöglichkeiten sowie eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung beinhalten. Außerdem fordern wir die Senkung der landwirtschaftlichen Produktionskosten durch eine umfangreiche Deregulierung aller unverhältnismäßiger und praxisfremder Auflagen. Bauern brauchen wieder mehr unternehmerische Entscheidungsfreiheit.“

<https://afdbundestag.de/protschka-reform-der-agrarfoerderung-wird-das-hoefesterben-massiv-befoerdern/>

Willkürliche Impfdiskriminierung durch den Gesundheitsminister

In der vergangenen Woche trat die Verordnung des Bundesgesundheitsministeriums in Kraft, nach der Privatpraxen aus der Impfkampagne herausgenommen werden. Die neue Impfverordnung wurde so geändert, dass Privat- sowie Betriebsärzte ausdrücklich vom Impfstart ausgeschlossen werden.

Begründet hatte dies der Gesundheitsminister damit, dass über die Systeme der Kassenärztlichen Vereinigungen statistisch erfasst werden könne, wie viele Menschen täglich geimpft werden und



wer die Impfung je nach Priorisierung erhalte. Dazu teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete Robby Schlund, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, mit:

„Wir sind in einer Zwei-Klassen-Medizin angekommen, in der eine Ungleichbehandlung je nach Versicherungsstatus besteht. Als Betreiber einer Praxis, egal ob kassen- oder privatärztlich, kennt man seine Risikopatienten genau und kann je nach Priorisierung, eingehender Beratung und natürlich freiwillig entsprechend dem Wunsch des Patienten die Impfung problemlos vollziehen. Vordergründig ist hier eher wieder das katastrophale Impfmanagement der Regierung zu sehen, welche zu wenig Impfdosen für die Verteilung vorgesehen hat.“

Die circa 8,7 Millionen privat versicherten Menschen, die ungefähr zur Hälfte aus dem öffentlichen Dienst kommen, sind Opfer einer willkürlichen Impfdiskriminierung durch den Gesundheitsminister. Egal mit welchem Versichertenstatus muss Impfstoff gleichermaßen zur Verfügung gestellt werden, um eine Diskriminierung von beispielsweise Lehrern, Polizisten und Selbständigen zu verhindern.“

<https://afdbundestag.de/schlund-willkuerliche-impfdiskriminierung-durch-den-gesundheitsminister/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.4.2021

650 Milliarden Corona-Schulden – Lockdowns fahren Staatsfinanzen an die Wand

Laut Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) werden Bund, Länder und Kommunen bis 2022 für die Corona-Politik 650 Milliarden Euro neue Schulden machen. Zugleich will die EU-Kommission jährlich bis zu 200 Milliarden Euro für Corona-Ausgaben aufnehmen und wird dadurch zu einem der größten Herausgeber von Anleihen in Europa.

Die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag Alice Weidel erklärt hierzu:

„Das Schuldenkarussell dreht sich immer schneller. Die offiziell ausgewiesene deutsche Staatsschuld schwillt auf 2,7 Billionen Euro an, die Nachhaltigkeitslücke, die auch die implizite Staatsschuld aus politisch eingegangenen und nicht gedeckten Zahlungsverpflichtungen umfasst, beläuft sich auf mehr als das Fünffache. Die Fortsetzung der unverantwortlichen Lockdowns wird diese Lücke noch weiter aufreißen.“

Mit ihrer Endlos-Lockdown-Politik fährt die Bundesregierung die deutschen Staatsfinanzen bewusst und absichtsvoll an die Wand. Die Zustimmung zum sogenannten Corona-„Wiederaufbaufonds“ hat dazu noch das Tor zur grenzenlosen EU-Verschuldung zu Lasten der deutschen Steuerzahler aufgestoßen. Platzt die Blase aufgrund der Überstrapazierung der noch hohen Bonität und Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft, droht der Zusammenbruch des Euro-Kartenhauses.

Die Rechnung dafür wird dem Hauptbürgen Deutschland präsentiert werden. Der Ausweg liegt nicht im noch hemmungsloseren Schuldenmachen und der Beseitigung der Schuldenbremse als letzter Haltelinie, sondern in der unverzüglichen Beendigung der Lockdown-Spirale und im Ausstieg aus der Euro-Schuldenunion.“

<https://afdbundestag.de/alice-weidel-650-milliarden-corona-schulden-lockdowns-fahren-staatsfinanzen-an-die-wand/>



Massive Schädlichkeit von Corona-Masken bei Kindern festgestellt

Wissenschaftler der Universität Witten/Herdecke belegten nun, dass medizinische Masken Kinder psychisch und körperlich beeinträchtigen. In der Studie wurden die Gesundheitsdaten von 25.930 Kindern ausgewertet, von denen insgesamt 68 Prozent über gesundheitliche Beeinträchtigungen im Zusammenhang mit den Masken klagten. Die häufigsten Nebenwirkungen waren Kopfschmerzen, Benommenheit, Gereiztheit und Konzentrationsschwierigkeiten. Jedes vierte Kind entwickelte sogar Angstzustände.

Dazu teilt der AfD-Bundestagsabgeordnete Paul Podolay, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, mit:

„Die Studie belegt wissenschaftlich das, was alle denken und auch selbst beobachten können. Kinder sind das schwächste Glied unserer Gesellschaft und müssen sich darauf verlassen können, dass Erwachsene zu ihrem Wohle handeln. Leider ist diese Maxime in Deutschland schon längst unter den Tisch gefallen. Man zerstört das Bildungssystem, lässt Kinder alleine zu Hause im Homeschooling, flößt ihnen Schuldgefühle ein und beobachtet, wie laut Verbänden und Bundesregierung die häusliche Gewalt durch die Decke schießt.

Kinder nicht ernst zu nehmen und zum Maskentragen sowie zum Testen zu zwingen, weil man selbst Angst vor dem Leben hat, ist ein Zeichen des absoluten Egoismus.

Es ist zu hoffen, dass weitere Gerichte dem Amtsgericht Weimar folgen und Masken- sowie Testpflicht für Schüler untersagen.“

<https://afdbundestag.de/podolay-massive-schaedlichkeit-von-corona-masken-bei-kindern-festgestellt/>

Über 30.000 Unternehmer müssen noch immer auf Auszahlung der Dezemberhilfe warten

Am 23.03.2021 fragten der Bundestagsabgeordnete Uwe Witt und die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag die Bundesregierung nach dem aktuellen Bearbeitungsstand der Anträge auf die sogenannte Dezemberhilfe. Diese teilte mit, dass von den rund 340.000 Anträgen rund 300.000 positiv beschieden und rund 4.800 abgelehnt wurden. Aus der Antwort ergibt sich, dass mit dem Stand vom 29. März 2021 noch immer 36.890 Anträge auf Dezemberhilfe nicht bearbeitet wurden.

Der Obmann der AfD-Fraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Uwe Witt, äußert sich zu der Antwort der Bundesregierung wie folgt:

„Es kann nicht sein, dass nach mehr als drei Monaten immer noch weit über 30.000 Unternehmer auf die Auszahlung der Dezemberhilfe warten müssen. Die Versprechungen des Bundeswirtschaftsministers auf schnelle und unkomplizierte Hilfe sind für diese Leute keinen Pfifferling wert. Viele stehen nicht mehr nur vor dem wirtschaftlichen Ruin, sondern haben ihre Unternehmen schon verloren. Die Insolvenzen tausender Unternehmen werden in den kommenden Monaten über die deutsche Wirtschaft hereinbrechen und den Staatshaushalt massiv belasten. Die kommende Krise hat diese Regierung selbst zu verantworten und sie wird sich dieser Verantwortung auch stellen müssen.“

<https://afdbundestag.de/witt-ueber-30-000-unternehmer-muessen-noch-immer-auf-auszahlung-der-dezemberhilfe-warten/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.4.2021

Kriminalstatistik zeigt Kollateralschäden der Lockdown-Maßnahmen

Zur heute vorgestellten Polizeilichen Kriminalstatistik teilt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Gottfried Curio, mit:

„In der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2020 offenbaren sich die Kollateralschäden einer Politik überzogener Lockdown-Maßnahmen, für die die Regierung verantwortlich zeichnet. Gerade vor derartigen Folgen der Holzhammerpolitik der Regierung wurde frühzeitig gewarnt.

Obwohl viele Tatgelegenheiten wegfielen, weist die Polizeiliche Kriminalstatistik tatsächlich nur einen geringen Rückgang der Kriminalität auf. Kontakt und Ausgangsbeschränkungen verursachten aber mehr Fälle häuslicher Gewalt (das Dunkelfeld in diesem Bereich ist zudem als besonders hoch anzunehmen, weil die soziale Kontrolle wegfiel), vermehrt versuchten Trickbetrüger vor allem Senioren zu Zahlungen zu bewegen (etwa um bei der Impfreihenfolge nach oben zu rutschen), auch die Corona-Soforthilfen hatten eine hohe Missbrauchsquote.

Eine Politik des Generalverdachts und mangelnden Respekts gegenüber den deutschen Polizeibeamten dürfte schließlich auch mit dazu beigetragen haben, dass zunehmend Sicherheitskräfte attackiert wurden.“

<https://afdbundestag.de/curio-kriminalstatistik-zeigt-kollateralschaeden-der-lockdown-massnahmen/>

Keine Atomwaffen in die Hand der Ukraine

Der Vertreter der Ukraine in Deutschland forderte am 15. April 2021 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk eine Ausstattung der Ukraine mit modernsten Waffensystemen und über einen „nuklearen Status“ der Ukraine nachzudenken. AfD-Außenpolitiker Waldemar Herdt erklärt dazu:

„Aufgrund der innenpolitischen Lage in der Ukraine ist diese derzeit leider ein unsicherer Partner für den Westen. Als Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages weise ich die ukrainischen Forderungen nach Atomwaffen zurück. Die AfD-Bundestagsfraktion ist ein Friedensfaktor in der europäischen Außenpolitik. Die Forderung von Regierungsvertretern der Ukraine nach Aufrüstung, modernsten Waffensystemen und nun sogar nach einem nuklearen Status ist abzulehnen. Ich erwarte von Außenminister Heiko Maas eine sofortige Zurückweisung der ukrainischen Forderung nach Atomwaffen.

Als AfD-Außenpolitiker fürchte ich einen Flächenbrand in Europa, die deutsche Außenpolitik ist gefordert, als Friedensfaktor zu wirken. Die AfD-Fraktion steht nicht für Forderungen nach weiterer atomarer Aufrüstung. Wer den Frieden liebt und atomare Bedrohungsszenarien abbauen möchte, kann nicht irgendeinen nuklearen Status der Ukraine befürworten.“

<https://afdbundestag.de/herdt-keine-atomwaffen-in-die-hand-der-ukraine/>

Verfassungsgericht bestätigt Position der AfD-Fraktion zum Berliner Mietendeckel

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer heute verkündeten Entscheidung den sogenannten „Berliner Mietendeckel“ für unvereinbar mit dem Grundgesetz und deshalb nichtig erklärt. Anlass



für diese Entscheidung war eine Normenkontrollklage, die im Mai 2020 von 284 Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus den Reihen von CDU/CSU und FDP eingereicht worden war.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner, zugleich Justiziar der Fraktion, meint dazu:

„So sehr es zu begrüßen ist, dass das Bundesverfassungsgericht dieses unsägliche Bevormundungsgesetz für verfassungswidrig erklärt hat, so deutlich darf darauf hingewiesen werden, dass es die Fraktion der AfD war, die als erste – und zwar schon Monate vor CDU/CSU und FDP – einen Antrag zu einem Normenkontrollverfahren in den Bundestag eingebracht hatte. Wie nicht anders zu erwarten, schloss sich kein Abgeordneter der anderen Fraktionen der Initiative an – nur um dann etwas ‚Eigenes‘ zu präsentieren. Wieder einmal ist die Feststellung erlaubt: AfD wirkt – und sei es nur, indem unsere Ideen und Initiativen zunächst abgelehnt, und dann abgekupfert als der Weisheit letzter Schluss präsentiert werden. Wenn CDU/CSU und FDP diesen Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht jetzt feiern mögen, sollte nicht vergessen werden, wer zuerst auf der Matte stand – die AfD-Fraktion.“

<https://afdbundestag.de/brandner-verfassungsgericht-bestaetigt-position-der-afd-fraktion-zum-berliner-mietendeckel/>

Afghanistan-Abzug überfällig. Sicherung durch zusätzliche Kampftruppen notwendig

Die NATO hat den Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan ab 1. Mai beschlossen. Bis zum 11. September soll der letzte Soldat Afghanistan verlassen haben. Der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Rüdiger Lucassen, sagt dazu:

„Der Afghanistan-Einsatz ist bereits seit langem gescheitert. Bis zuletzt hat die Bundesregierung an völlig utopischen Zielen festgehalten und dafür deutsche Soldaten und Steuergelder in Milliardenhöhe geopfert. Die AfD-Bundestagsfraktion begrüßt daher ausdrücklich den Beschluss zum Abzug. Auslandseinsätze brauchen von Anfang an eine klare Exit-Strategie. Weil es die für Afghanistan nie gab, droht jetzt ein unkoordinierter Rückzug.“

Die Sicherheit unsere Soldaten beim Abzug muss jetzt oberste Priorität haben. Sollte dazu die kurzfristige Entsendung von Kampftruppen notwendig sein, wird dies von der AfD-Bundestagsfraktion unterstützt. Wir wollen alle Angehörigen der Bundeswehr unversehrt zurück in unserer Heimat begrüßen können.“

<https://afdbundestag.de/lucassen-afghanistan-abzug-ueberfaellig-sicherung-durch-zusaetzliche-kampftruppen-notwendig/>

Berliner Mietendeckel zeigt Verantwortungslosigkeit links-rot-grüner Politik

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, den Berliner Mietendeckel für nichtig zu erklären, teilt der Obmann der AfD-Fraktion im Bauausschuss, Udo Hemmelgarn, mit:

„Man muss dem Bundesverfassungsgericht dankbar sein, dass es diesen Spuk jetzt beendet hat. Am Beispiel des Berliner Mietendeckels zeigt sich die ganze Verantwortungslosigkeit links-rot-grüner Politik. Der Berliner Senat hat den Bruch geltenden Rechts bewusst in Kauf genommen.“

Die Folgen des Desasters müssen jetzt die Berliner Mieter ausbaden, die auf die Rechtmäßigkeit des Mietendeckels vertraut haben und sich zum Teil erheblichen Nachforderungen ausgesetzt sehen.



Der links-rot-grüne Berliner Senat hat es dabei geschafft, für viele Mieter einen ‚perfekten Sturm‘ zu erzeugen, denn die Nachzahlungen dürften gerade jetzt für viele von ihnen, die von Kurzarbeit und anderen Folgen der Corona-Maßnahmen betroffen sind, zur Unzeit kommen. Es bleibt zu hoffen, dass die aufgelaufenen Mietrückstände nicht zu vermehrten Kündigungen führen.

Die Verantwortlichen dieses Desasters wenden sich – wie befürchtet – mit einem Schulterzucken ab, während die betroffenen Mieter um den Erhalt der Wohnung kämpfen müssen. Das Vertrauen der Bürger in den Staat und die Politik wird auf diese Weise in einer ohnehin angespannten Situation leichtfertig verspielt.“

<https://afdbundestag.de/hemmelgarn-berliner-mietendeckel-zeigt-verantwortungslosigkeit-links-rot-gruener-politik/>

Es gilt aus dem gescheiterten Afghanistan-Einsatz zu lernen

Nachdem der amerikanische Präsident Biden das Datum für den Abzug der US-Streitkräfte aus Afghanistan festgelegt hatte, erklärt auch die NATO, bis zum 1. Mai mit dem Abzug der Streitkräfte der Mission „Resolute Support“ zu beginnen. Nach US-Vorstellungen soll der Abzug bis zum 11. September 2021 abgeschlossen sein.

Dazu erklärte der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im deutschen Bundestag, Armin-Paulus Hampel:

„Dieses Datum könnte symbolträchtiger nicht sein. Genau zwanzig Jahre nach dem Anschlag auf das World-Trade-Center und dem dann folgenden NATO-Einsatz in Afghanistan soll nun dieser sinnlose Krieg am Hindukusch endlich beendet werden. Der Abzug liegt voll im deutschen Interesse und je eher unsere Soldaten vom Hindukusch abziehen, desto besser. Zugleich erwarten wir von der Bundesregierung und vor allem von Außenminister Maas nicht nur die Antworten nach den ‚lessons learned‘ aus der gescheiterten Mission in Afghanistan, bei der 59 deutsche Soldaten der Bundeswehr in ihrer Pflichterfüllung fielen, abgesehen von den versenkten Milliarden Euro. Wir erwarten auch Folgerungen für die weitere deutsche Außenpolitik. Schauen wir nach Syrien, wo seit 10 Jahren Krieg herrscht und die Bundesregierung weiterhin ein Gespräch mit der Regierung Assad verweigert.“

<https://afdbundestag.de/hampel-es-gilt-aus-dem-gescheiterten-afghanistan-einsatz-zu-lernen/>



Video-Empfehlungen

AfD-Kampagnenfilm 2021: Deutschland. Aber normal.

<https://www.youtube.com/watch?v=teYQ8ric5C4>

AfD-Kampagnenfilm 2021: Es gibt da eine Partei, ...

<https://www.youtube.com/watch?v=Gg9qeVYBL2U>

AfD Corona-Resolution: Signal für Freiheit, Kampfansage an Altparteien!

<https://www.youtube.com/watch?v=kZHT7kksaLk>

Karsten Hulse direkt aus Dresden: „Wir wollen das japanische Einwanderungsmodell!“ |

AfD-Parteitag

<https://www.youtube.com/watch?v=OjFUQdQ-4rw>

Bundesparteitag in Dresden beschließt Corona-Resolution! – Pro-Rede von Björn Höcke

<https://www.youtube.com/watch?v=Noqn6Z54fRs>

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Meldungen aus Deutschland und der Welt

Vermischtes aus Deutschland und der Welt

Jetzt hat die AfD den EU-Austritt im Wahlprogramm

<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus230107573/Parteitag-in-Dresden-Jetzt-hat-die-AfD-den-EU-Austritt-im-Wahlprogramm.html>

AfD stellt sich gegen "jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge"

https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_89823504/afd-stellt-sich-gegen-jeglichen-familiennachzug-fuer-fluechtlinge-.html

AfD fasst Radikalresolution zu Corona-Kurs

<https://www.n-tv.de/politik/AfD-fasst-Radikalresolution-zu-Corona-Kurs-article22481646.html>

AfD wirft Kretschmer Verstoß gegen Neutralitätspflicht vor

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2021/afd-wirft-kretschmer-verstoss-gegen-neutralitaetspflicht-vor/>

Kretschmer löscht Twitter-Eintrag über AfD

<https://www.bild.de/bild-plus/regional/dresden/dresden-aktuell/sachsens-ministerpraesident-kretschmer-loescht-twitter-eintrag-ueber-afd-76079750.bild.html>

Vulkanausbruch auf St. Vincent: Nur Geimpfte werden auf Kreuzfahrtschiffen evakuiert

<https://de.rt.com/amerika/115742-vulkanausbruch-auf-st-vincent-nur-geimpfte-werden-auf-kreuzfahrtschiffen-evakuiert/>

Bundesverfassungsgericht kippt Berliner Mietendeckel

<https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/bundesverfassungsgericht-kippt-berliner-mietendeckel-li.152781>

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08qQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUQQ9Hjx2Gq#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhauser Standorte Deutschlands

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>



Bundesregierung plant "Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage"

<https://de.rt.com/inland/115789-bundesregierung-plant-schaffung-ermaechtigungsgrundlage/>

Merkel will mit dem Gesetz nicht die Bürger vor Infektionen schützen, sondern ihre Macht vor den Bürgern

<https://www.tichyseinblick.de/meinungen/merkel-will-mit-dem-gesetz-nicht-die-buerger-vor-infektionen-schuetzen-sondern-ihre-macht-vor-den-buergern/>

Nach Schätzungen des Kanzleramts Lockdown könnte bis Ende Mai oder Mitte Juni dauern

<https://m.tagesspiegel.de/politik/nach-schaetzungen-des-kanzleramts-lockdown-koennte-bis-ende-mai-oder-mitte-juni-dauern/27086232.html>

Keine Masken, Schnelltests und Abstände: Juristenverein lobt das Urteil von Weimar

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/keine-masken-schnelltests-und-abstaende-juristenverein-lobt-das-urteil-von-weimar/>

Landesregierung und Verbände greifen Weimarer Richter an

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/landesregierung-und-verbaende-greifen-weimarer-richter-an/>

Amtsgericht Weilheim: Maskenpflicht in der Schule verfassungswidrig

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/amtsgericht-weilheim-maskenpflicht-in-der-schule-verfassungswidrig/>

Schwere rechtliche Bedenken zu Merkels neuem Infektionsschutzgesetz: „schießt über alle Verhältnismäßigkeitsgrenzen hinaus“

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/schwere-rechtliche-bedenken-zu-merkels-neuem-infektionsschutzgesetz-schiesst-ueber-alle-verhaeltnismaessigkeitgrenzen-hinaus/>

Kritische Richter und Staatsanwälte laufen Sturm gegen neues Gesetz

<https://reitschuster.de/post/kritische-richter-und-staatsanwaelte-laufen-sturm-gegen-neues-gesetz/>

Anwältin: Entwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes verfassungswidrig

<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/anwaeltin-entwurf-zur-aenderung-des-infektionsschutzgesetzes-verfassungswidrig-li.152338>

Infektionsschutzgesetz: Drostens-Vorgänger stellt sich gegen Regierung

<https://reitschuster.de/post/infektionsschutzgesetz-drostens-vorgaenger-stellt-sich-gegen-regierung/>

Kubicki: Bundesregierung erklärt „ihren eigenen Gesetzentwurf für verfassungswidrig“

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/kubicki-bundesregierung-erklaert-ihren-eigenen-gesetzentwurf-fuer-verfassungswidrig/>

„Gebt den Kindern ihre Unschuld zurück“ – ein offener Hilferuf an eine Schulleiterin

<https://reitschuster.de/post/gebt-den-kindern-ihre-unschuld-zurueck-ein-offener-hilferuf-an-eine-schulleiterin/>

Die Schnelltestgefahr

<https://www.rubikon.news/artikel/die-schnelltestgefahr>

Pfizer-Chef – Wahrscheinlich dritte und jährliche Impfdosis notwendig

<https://www.welt.de/vermischtes/live221095606/Corona-live-Pfizer-Chef-Wahrscheinlich-dritte-und-jaehrliche-Impfdosis-notwendig.html>



Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-qkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Touristisches Reisen nicht möglich

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/corona-tschechien-ende-stationaere-grenzkontrolle-100.html>

Walpurgisnacht in der Oberlausitz auch in diesem Jahr ohne Hexenfeuer

<https://www.lr-online.de/lausitz/hoyerswerda/corona-im-kreis-bautzen-walpurgisnacht-in-der-oberlausitz-auch-in-diesem-jahr-ohne-hexenfeuer-56261371.html>

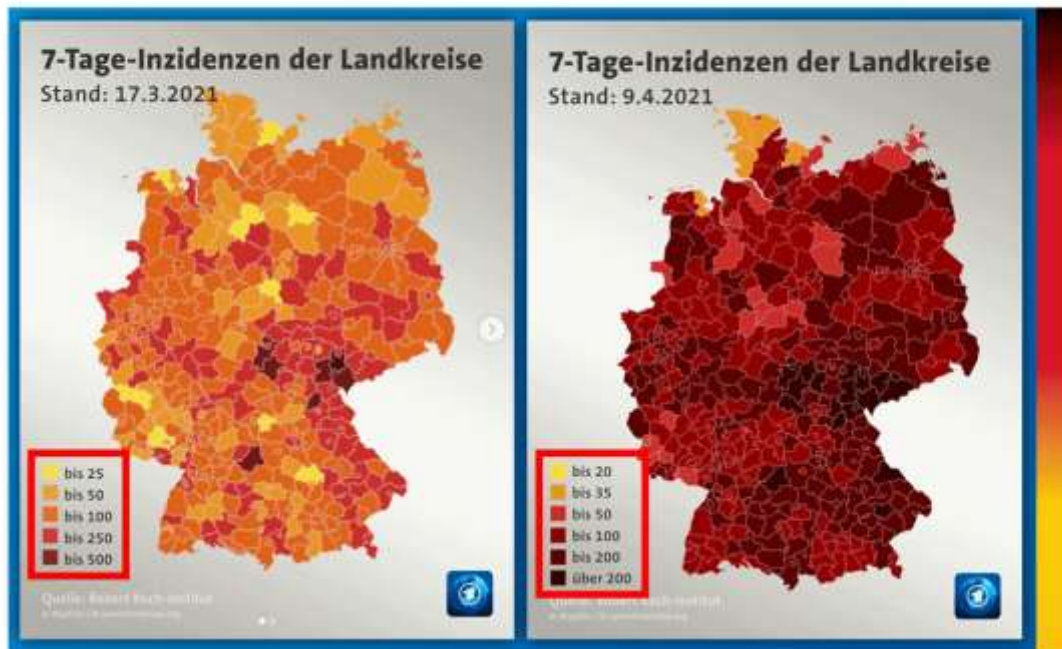
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“

Drei Syrer überfallen und verprügeln Asiaten aus mutmaßlich rassistischen Gründen

<https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/gewaltkriminalitaet-bremen-rassismus/>

Fakten in Bildern

Vernunft statt Panikmache.



**Liebe Tagesschau,
ist Euch die Skala
verrutscht?**

Quelle: <https://www.instagram.com/p/CMh7JXuKRxX/>
<https://www.instagram.com/p/CNc5ooWIO8u/>

**Deutschland.
Aber normal.**





Bild des Jahres 2020/ 21
Was tut ihr unseren Kindern an ?
Lasst es um die Welt gehen.





Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen